

N i e d e r s c h r i f t

**über die öffentliche Sitzung
der Gemeindevertretung der Gemeinde Wasbek**

am Mittwoch, dem 04.12.2013

in Kühl's Gasthof, Hauptstraße 41, 24647 Wasbek

Beginn: 18:32 Uhr

Ende: 21:35 Uhr

Anwesend:

Bürgermeister

Herr Karl-Heinz Rohloff

Gemeindevertreter

bis 20:57 Uhr

Herr Klaus Dahmke
Herr Hans-Jürgen Ehmke
Herr Reiner Großer
Herr Michael Hollerbuhl
Herr Heinrich Kühl
Herr Markus Kühl
Frau Ute Langrock
Herr Markus Meyer
Herr Peter Mohr
Herr Bernd Nützel
Herr Thomas Omnitz
Herr Uwe Pauschardt
Herr Michael Rohwer
Herr Manfred Saggau

von der Verwaltung

Herr Frank Knutzen

Entschuldigt:

- - -

Gäste: 16 Zuhörer/innen; von der Presse Herr Günter Böge (Holsteinischer Courier)

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Begrüßung, Eröffnung, Feststellung Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
2. Anträge zur Änderung der Tagesordnung vom 04.12.2013
3. Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
4. Eingaben / Einwohnerfragestunde I
5. Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 25.09.2013
6. Information über die am 25.09.2013 unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefassten Beschlüsse
7. Mitteilungen des Bürgermeisters, der Ausschussvorsitzenden und der Verwaltung
8. Anfragen der Gemeindevertreter
9. Leistung von überplanmäßigen Ausgaben nach § 82 GO im Verwaltungshaushalt 2013
Vorlage: 0003/2013/DS
10. Leistung von überplanmäßigen Ausgaben nach § 82 GO im Verwaltungshaushalt 2013
Vorlage: 0005/2013/DS
11. Haushaltssatzung 2014 und Haushaltsplan mit Anlagen
Vorlage: 0004/2013/DS
12. Gemeindeverordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass an Sonn- und Feiertagen im Jahr 2014 - **Anlage: GemVO 2014**
13. Überarbeitung/Anpassung der Entschädigungssatzung der Gemeinde Wasbek
Anlage: Entschädigungssatzung (Stand nach Vorberatung im HFA)
14. Überarbeitung/Anpassung der Geschäftsordnung der Gemeinde Wasbek
Anlage: Geschäftsordnung (Stand nach Vorberatung im HFA)
15. Öffentlich-rechtlicher Vertrag mit dem Amt Mittelholstein zur Brandschutzerziehung
- **Anlage**
16. Bau- und Grundstücksangelegenheiten
- gemeindliches Einvernehmen zu einem Bauantrag für ein Mehrfamilienhaus Lindenstraße 22a -
Anlage: Lageplan
- grundsätzliche Möglichkeit zur Bebauung des Eckgrundstücks Nr. 31 im Neubaugebiet mit einem Doppelhaus
17. Umbau des Wendeplatzes "Am Knüll" im Zuge des Anschlusses des Neubaugebietes
Anlage: Vorschlag des Planungsbüros für eine weitere Variante
18. Aufbringen von Zebrastreifen vor der Kindertagesstätte und der Schule in der Schulstraße
Anlage: Antrag der BMW-Fraktion vom 19.11.2013

19. Friedhof Wasbek - Standort für halbanonyme Gräber
Beschluss über die Aufhebung des Beschlusses der Gemeindevertretung vom 05.12.2012 zur geplanten Lage des Grabfeldes - **Anlage: Beschl. v. 05.12.2012**
20. Kostenübernahme durch die Gemeinde Wasbek für den ehemaligen Bürgermeister im Rechtsstreit mit der BMW-Fraktion - **Anlage: Antrag der CDU-Fraktion vom 20.11.2013**
21. Erstattung von Sitzungsgeldern der BMW-Fraktion
Anlage: Antrag der SPD-Fraktion vom 20.11.2013
22. Erstattung von Auslagen der BMW-Fraktion im Rechtsstreit mit dem ehemaligen Bürgermeister
Anlage: Antrag der BMW-Fraktion vom 14.11.2013
23. Einwohnerfragestunde II
24. Verschiedenes (öffentlich)

1.	Begrüßung, Eröffnung, Feststellung Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
----	--

Bürgermeister Rohloff eröffnet die öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung um 18:32 Uhr und begrüßt alle Anwesenden.

Herr Rohloff stellt anschließend die Ordnungsmäßigkeit der am 22.11.2013 erfolgten Ladung, die Anwesenheit sowie die Beschlussfähigkeit der vollzählig erschienenen Vertretung fest.

2.	Anträge zur Änderung der Tagesordnung vom 04.12.2013
----	--

Es werden keine Anträge gestellt; die Tagesordnung wird somit in der vorliegenden Form gebilligt.

3.	Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
----	---

Herr Rohwer beantragt, TOP 25 (Erstattung von Auslagen der BMW-Fraktion im Rechtsstreit mit dem ehemaligen Bürgermeister) nicht wie von der BMW-Fraktion beantragt unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beraten. Aus Sicht der SPD gäbe es hierfür keinen Grund; im Gegenteil handle es sich hierbei um eine öffentlich zu beratende Angelegenheit, da es sich um einen Antrag auf Auslagenersatz nach der GO handelt.

Bürgermeister Rohloff lässt daher zunächst nur beschließen, ob dieser Tagesordnungspunkt unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beraten ist.

Beschlussfassung: 9 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen.

Damit wird die nach § 35 Abs. 2 GO notwendige qualifizierte Mehrheit für eine Beratung unter Ausschluss der Öffentlichkeit nicht erreicht und die Angelegenheit ist dem generellen Öffentlichkeitsprinzip folgend in öffentlicher Sitzung zu behandeln.

Die Angelegenheit wird neuer Tagesordnungspunkt 22 der öffentlichen Sitzung; die bisherigen Tagesordnungspunkte 22 und 23 rücken um je eine Ziffer nach oben.

Ohne Aussprachebedarf beschließt die Gemeindevertretung im Anschluss, die Tagesordnungspunkte 24 sowie 26 bis 30 unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beraten.

Beschlussfassung: 12 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen.

4.	Eingaben / Einwohnerfragestunde I
----	-----------------------------------

Bürgermeister Rohloff teilt mit, dass Eingaben nicht vorliegen. Seitens der anwesenden Einwohner werden keine Fragen gestellt.

5.	Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 25.09.2013
----	---

Es werden keine Einwendungen vorgetragen; die Niederschrift wird in ihrer vorliegenden Form insofern gebilligt.

6.	Information über die am 25.09.2013 unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefassten Beschlüsse
----	---

Bürgermeister Rohloff teilt mit, dass

1. eine Vergabe zur Kanalsanierung erfolgte,
2. die Beschaffung einer Tragkraftspritze für die Feuerwehr beschlossen wurde,
3. das weitere Vorgehen für zusätzliche bauliche Sicherung von Grundstücksgrenzen zu einem Baugrundstück im Neubaugebiet beschlossen sowie
4. Maßnahmen für Straßensanierungen beschlossen wurden, die im Nachhinein aufgrund von Missverständnissen in der Ausschreibung aber nicht durchgeführt werden konnten.

7.	Mitteilungen des Bürgermeisters, der Ausschussvorsitzenden und der Verwaltung
----	---

A. Mitteilungen des Bürgermeisters

1. Bürgermeister Rohloff teilt mit, dass die Gemeinde Herrn Michael Rohwer als Ansprechpartner für die Sportentwicklungsplanung beim Kreis Rendsburg-Eckernförde gemeldet hat und dankt Herrn Rohwer für seine Bereitschaft.
2. Herr Rohloff fragt, ob bekannt sei, wann der letzte Storch in Wasbek gesichtet wurde, da ihm eine entsprechende Nachfrage des NABU vorläge. Dies soll nach Auskunft mehrerer Anwesender im Jahr 1984 auf dem Hof von Gustav Dahmke gewesen sein.

B. Mitteilungen aus den Ausschüssen:

1. Haupt- und Finanzausschuss:

Herr Hollerbuhl als Vorsitzender des Ausschusses teilt mit, dass alle in der Sitzung am 13.11.2013 behandelten Angelegenheiten sich auf der heutigen TO wiederfinden würden.

2. Bau- und Planungsausschuss:

1. Der Ausschussvorsitzende, Herr Großer, informiert darüber, dass der Baubeginn für die Verlängerung eines Schutzrohres an der BAB 7 für den 09.12.2013 vorgesehen sei.

2. Herr Großer berichtet außerdem von einer Ortsbesichtigung der Aalbek-Brücke in der Hauptstraße, die er gemeinsam mit dem TÜV durchgeführt habe. Die im Vorwege festgestellten Korrosionsschäden sind nicht so erheblich wie zunächst befürchtet und betreffen nahezu überwiegend die nachträglich angesetzten Verbreiterungen für Rad- und Gehweg, nicht aber das Hauptbauwerk für die Fahrbahn. Insofern wurde der Haushaltsansatz für die Sanierung von 200.000,- Euro wieder auf den ursprünglich vorgesehenen Ansatz von 70.000,- Euro verringert.

3. Ausschuss für Öffentliche Angelegenheiten:

Der Vorsitzende des Ausschusses, Herr Meyer, berichtet aus der Ausschuss-Sitzung vom 07.11.2013, in der sich der Ausschuss u.a. mit der Auswertung der Geschwindigkeitsmessung in der Hauptstraße beschäftigt habe (14% der gemessenen Fahrzeug waren zu schnell).

Außerdem fand eine Ortsbesichtigung beim Bauhof statt, in dessen Folge eine Erweiterung der Unterstellmöglichkeiten empfohlen wurde.

Die Öffnungszeiten für den Grünabfallplatz sind in den Monaten März bis November um eine Stunde erweitert worden – nunmehr bereits von 8 Uhr bis 16 Uhr. Von Dezember bis Februar ist der Platz in der Zeit von 8 Uhr bis 12 Uhr geöffnet. Das Schild wird noch entsprechend geändert.

Außerdem wird der Veranstaltungskalender der Gemeinde auch für 2014 wieder erstellt werden. Bürgermeister Rohloff ergänzt, dass er am heutigen Tage Herrn Kröger gerade die letzten Termine mitgeteilt habe.

C. Mitteilungen der Verwaltung:

Keine Mitteilungen.

8.	Anfragen der Gemeindevertreter
----	--------------------------------

Auf Nachfrage von Herrn Nützel zum aktuellen Sachstand des Ausamtvungsverfahrens gegen den Kreis Rendsburg-Eckernförde vor dem Verwaltungsgericht in Schleswig teilt Bürgermeister Rohloff mit, dass die letzte Information lediglich darin bestehe, dass der Kreis eine Kanzlei in Kiel mit der Wahrnehmung seiner Interessen beauftragt habe.

9.	Leistung von überplanmäßigen Ausgaben nach § 82 GO im Verwaltungshaushalt 2013 - <u>Vorlage:</u> 0003/2013/DS
----	--

Bürgermeister Rohloff erläutert kurz den Sachverhalt und begründet die überplanmäßigen Ausgaben. Ohne Beratungsbedarf nimmt die Gemeindevertretung die veranlasste überplanmäßige Ausgabe zur Kenntnis.

10.	Leistung von überplanmäßigen Ausgaben nach § 82 GO im Verwaltungshaushalt 2013 - <u>Vorlage: 0005/2013/DS</u>
-----	--

Bürgermeister Rohloff weist darauf hin, dass in der ursprünglichen Vorlage ein Darstellungsfehler bestand und daher eine –inhaltlich gleiche – Tischvorlage erfolgte.

Herr Rohloff erläutert dann kurz den Sachverhalt. Ohne Beratungsbedarf nimmt die Gemeindevertretung die veranlasste überplanmäßige Ausgabe zur Kenntnis.

11.	Haushaltssatzung 2014 und Haushaltsplan mit Anlagen <u>Vorlage: 0004/2013/DS</u>
-----	--

Bürgermeister Rohloff übergibt das Wort an Herrn Hollerbuhl, den Vorsitzenden des Haupt- und Finanzausschusses.

Herr Hollerbuhl verweist auf die intensive Beratung des Haushaltsplans in zwei Sitzungen des Ausschusses und spricht lediglich die wesentlichen Rahmendaten an. So sind einige Investitionen geplant, eine Kreditaufnahme jedoch nicht vorgesehen.

Der Allgemeinen Rücklage sind nach jetziger Haushaltsplanung im Laufe des Jahres voraussichtlich ca. 63.000,- Euro zu entnehmen, ihr Bestand wird Ende 2014 voraussichtlich etwa 700.000,- Euro betragen.

Die langfristigen Kreditschulden sind am Ende des Jahres 2014 getilgt; die aktuelle Verschuldung beträgt 3,20 Euro je Einwohner/in.

Ohne Beratungsbedarf beschließt die Gemeindevertretung über die vorliegende Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2014 mit Anlagen.

Beschlussfassung: 15 Ja-Stimmen (einstimmig).

12.	Gemeindeverordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass an Sonn- und Feiertagen im Jahr 2014 - <u>Anlage: GemVO 2014</u>
-----	---

Herr Rohloff führt kurz in die Thematik ein und verweist darauf, dass es gute Tradition sei, in der letzten Sitzung des Jahres über die Gemeindeverordnung mit den seitens des Gewerbevereins beantragten Terminen zu beschließen.

Ohne Beratungsbedarf beschließt die Gemeindevertretung die vorliegende Gemeindeverordnung.

Beschlussfassung: 15 Ja-Stimmen (einstimmig).

13.	Überarbeitung/Anpassung der Entschädigungssatzung der Gemeinde Wasbek <u>Anlage: Entschädigungssatzung (Stand nach Vorberatung im HFA)</u>
-----	--

Bürgermeister Rohloff übergibt das Wort an Herrn Hollerbuhl, den Vorsitzenden des Haupt- und Finanzausschusses.

Herr Hollerbuhl erläutert den bisherigen Ablauf der Angelegenheit, nachdem die Gemeindevertretung Mitte 2013 beschlossen hatte, die Entschädigungssatzung der Gemeinde zu überarbeiten.

Herr Hollerbuhl erläutert außerdem den Grund für die letzten kleinen Änderungen der §§ 3 und 4 der Satzung, die aus Sicht der Verwaltung nach der vorangegangenen Beratung im Haupt- und Finanzausschuss aufgrund der von dort vorgeschlagenen Ergänzung notwendig wurden.

Herr Rohwer ist der Ansicht, die neuen Regelungen seien insgesamt sehr gut und deutlich dargestellt und würden eine gute Handhabung bieten.

Herr Rohwer fragt an, ob in allen Fraktionen bei Fraktionssitzungen unterschriebene Teilnehmerlisten geführt würden.

Bei der BMW-Fraktion ist dies nach Auskunft von Herrn Pauschardt zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht der Fall; hier erfolgen die Nachweise der Teilnahme im jeweiligen Sitzungsprotokoll.

Nach einer kurzen Diskussion über die Frage, ob in der Satzung auch das Führen von unterschriebenen Teilnehmerlisten bei Fraktionssitzungen aufgenommen werden sollten, schlägt Herr Pauschardt vor, für das nahezu beendete Jahr 2013 mit den Abrechnungen eine unterschriebene Gesamtliste der BMW für 2013 einzureichen und die von Herrn Rohwer gewünschte Regelung in die Entschädigungssatzung aufzunehmen.

Herr Rohwer schlägt daraufhin eine Regelung vor, die von der Verwaltung als Absatz 5 des § 6 noch eingearbeitet werden soll.

Die Gemeindevertretung beschließt den vorliegenden Entwurf der Entschädigungssatzung einschließlich der zu Sitzungsbeginn verteilten aktuellen Version der §§ 3 und 4 (jeweils Absatz 2) sowie der von Herrn Rohwer und Herrn Pauschardt vorgeschlagenen und von Herrn Rohwer formulierten Ergänzung des § 6 der Satzung um einen Absatz 5.

Beschlussfassung: 15 Ja-Stimmen (einstimmig).

Anmerkung des Protokollführers: § 6 Abs. 5 der Satzung lautet nach geringfügiger redaktioneller Überarbeitung durch die Verwaltung wie folgt:

(5) Die Fraktionen führen bei ihren Sitzungen eine Anwesenheitsliste, die dem Antrag auf Abrechnung der Sitzungen beizufügen ist. Die Listen sind von den Teilnehmer/innen in der Sitzung zu unterschreiben.

14.	Überarbeitung/Anpassung der Geschäftsordnung der Gemeinde Wasbek <u>Anlage: Geschäftsordnung (Stand nach Vorberatung im HFA)</u>
-----	--

Bürgermeister Rohloff übergibt das Wort an den Vorsitzenden des Haupt- und Finanzausschusses.

Herr Hollerbuhl erinnert daran, dass die Überarbeitung der Geschäftsordnung als Arbeitsgrundlage für die Gemeindevertretung und die gemeindlichen Ausschüsse bereits in der letzten Wahlzeit erfolgen sollte und nun kurzfristig aufgegriffen und vollendet wurde.

Der vorliegende Entwurf stütze sich im Wesentlichen auf die aktuelle Muster-Geschäftsordnung des SHGT und sei durch einige individuelle Regelungen für die Gemeinde Wasbek geändert bzw. ergänzt worden.

Ohne Aussprachebedarf beschließt die Gemeindevertretung anschließend die vorliegende Geschäftsordnung.

Beschlussfassung: 15 Ja-Stimmen (einstimmig).

15.	Öffentlich-rechtlicher Vertrag mit dem Amt Mittelholstein zur Brandschutzerziehung - Anlage
-----	--

Bürgermeister Rohloff erläutert den Hintergrund zur Absicht des Amtes Mittelholstein zum Abschluss eines derartigen Vertrages und verliest seine E-Mail an den Amtsdirektor. Es ergibt sich ein kurzer Meinungsaustausch zu dem Umstand, dass der Wasbeker Gemeindeführer Heinrich Kühl wie bisher seine Dienstleistung in der Brandschutzaufklärung/Brandschutzerziehung weiterhin auch in den anderen Gemeinden erbringt, der Gemeinde Wasbek durch den Vertragsschluss nun aber Kosten für die Leistung entstehen würden. Herr Kühl ist der Ansicht, dass die Sachkosten pro Jahr ohnehin viel zu hoch angesetzt seien und das auch nach Vertragsschluss sicherlich noch einmal mit dem Amt Mittelholstein besprochen werden müsste. Herr Rohloff wirbt abschließend für den Vertragsschluss und verweist auf die im Vertrag geregelte kurze Kündigungsfrist von einem Jahr, die der Gemeinde Wasbek im Bedarfsfall eine schnelle Reaktionsmöglichkeit bieten würde.

Die Gemeindevertretung beschließt, den vorliegenden Vertrag mit dem Amt Mittelholstein abzuschließen.

Beschlussfassung: 15 Ja-Stimmen (einstimmig).

16.	Bau- und Grundstücksangelegenheiten - gemeindliches Einvernehmen zu einem Bauantrag für ein Mehrfamilienhaus Lindenstraße 22a - Anlage: Lageplan - grundsätzliche Möglichkeit zur Bebauung des Eckgrundstücks Nr. 31 im Neubaugebiet mit einem Doppelhaus
-----	--

1. Gemeindliches Einvernehmen zu einem Bauantrag für ein Mehrfamilienhaus in der Lindenstraße 22a:

Herr Großer, Vorsitzender des Bau- und Planungsausschusses erläutert auf Bitte von Herrn Rohloff das Vorhaben sowie die bisherige Beratung im Ausschuss. Die Angelegenheit wurde und wird auch heute in der Öffentlichkeit behandelt, da der Antragsteller auf dem ihm zustehenden Schutz einer Beratung unter Ausschluss der Öffentlichkeit ausdrücklich verzichtet hatte. Es ergibt sich eine kurze Diskussion zur Größe und dem Umfang des für 8 Wohneinheiten vorgesehenen Mehrfamilienhauses und der Frage, ob sich das Vorhaben nach den Vorschriften des § 34 BauGB nach Art und Maß der baulichen Nutzung in die Umgebung einfügt. Dabei wird u.a. darauf hingewiesen, dass der zuständige Fachdienst der Stadtverwaltung die Empfehlung gegeben habe, dem Bauvorhaben das gemeindliche Einvernehmen zu erteilen, da nach dortiger Einschätzung die Voraussetzungen des § 34 BauGB erfüllt seien. Herr Pauschardt schlägt vor, mit dem Antragsteller noch einmal abzuklären, ob statt des jetzt beantragten massiven Baukörpers nicht eventuell eine Aufteilung in zwei optisch einzelne, aber miteinander verbundene Gebäude erfolgen könnte, wie es die vorherige Bauvoranfrage noch vorsah. Bürgermeister Rohloff teilt auf entsprechende Nachfrage von Herrn Rohwer mit, dass das Vor-Gespräch mit dem Kreisbauamt lediglich ergeben habe, dass die Gemeindevertretung nach pflichtgemäßem Ermessen zu beurteilen habe, ob sich ein Bauvorhaben einfüge oder nicht, der Kreis als Genehmigungsbehörde sich allerdings über einen wie auch immer ausfallenden Beschluss der Vertretung hinwegsetzen könne.

Nach Aussage von Herrn Rohwer habe es auf dem betreffenden Grundstück immer wieder Bauanträge gegeben und der Kreis habe damals bereits deutlich gemacht, dass die Vorhaben zu genehmigen wären. Zuletzt sei es im Jahr 2004 dabei um ein 6-Familienhaus gegangen.

Bürgermeister Rohloff schließt den Meinungsaustausch mit dem Hinweis ab, dass jeder Gemeindevertreter für sich entscheiden müsse und lässt über die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens für das beantragte Baugrundstück abstimmen.

Beschlussfassung: 12 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen.

2. Grundsätzliche Möglichkeit zur Bebauung des Eckgrundstücks Nr. 31 im Neubaugebiet mit einem Doppelhaus:

Bürgermeister Rohloff erläutert kurz den Sachverhalt und teilt u.a. mit, dass das Grundstück aus seiner Sicht zwar für die Bebauung mit einem Doppelhaus prädestiniert, mit dem aktuellen Stand der Vermessung gegenüber den Festlegungen im Bebauungsplan allerdings um 5m² zu klein sei.

Für ein weiteres um wenige Quadratmeter zu kleines Grundstück ist jedoch schon einmal eine Ausnahme gemacht worden und die Verwaltung hatte in der Sitzung des Bau- und Planungsausschusses mitgeteilt, dass dies auch für dieses Grundstück vertretbar sein zumal die endgültige Vermessung noch ausstehen würde.

Herr Meyer ist der Ansicht, dass keine weitere Bebauung mit Doppelhäusern erfolgen sollte, da eigentlich nur 2 zugelassen werden sollten, dieses aber bereits das 5. wäre.

Nach Auskunft von Herrn Rohloff ist Derartiges im Bebauungsplan aber nicht festgeschrieben worden.

Herr Hollerbuhl erinnert daran, dass es Absicht war, in diesem Baugebiet viel Freiraum zu lassen und diese auch die Bebauung mit Doppelhäusern einschließen würde. Herr Dahmke und Herr Pauschardt sprechen sich ebenfalls für die Möglichkeit aus, das betreffende Grundstück auch mit einem Doppelhaus bebauen zu können.

Die Gemeindevertretung beschließt über die Möglichkeit, für das Grundstück Nr. 31 eine Bebauung mit einem Doppelhaus zuzulassen.

Beschlussfassung: 11 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 3 Enthaltungen.

17.	Umbau des Wendeplatzes "Am Knüll" im Zuge des Anschlusses des Neubaugebietes - <u>Anlage:</u> Vorschlag des Planungsbüros für eine weitere Variante
-----	--

Bürgermeister Rohloff übergibt das Wort an Herrn Großer, Vorsitzenden des Bau- und Planungsausschusses.

Herr Großer erläutert kurz den gesamten Sachverhalt und das Zustandekommen dieser – nunmehr fünften Variante– für einen Umbau des bisherigen Wendeplatzes im Knüll zu einer Fläche mit öffentlichen Parkplätzen.

In Folge werden Argumente für und gegen den vorgesehenen Umbau, vor allem zu den Kosten, ausgetauscht.

Auf Vorschlag von Herrn Rohwer kommt die Vertretung schließlich überein, dass der Bau- und Planungsausschuss sich -ggf. auch im Wege einer zusätzlichen Sitzung- die Situation vor Ort ansehen und eine Entscheidung für eine Variante treffen solle.

Bürgermeister Rohloff präzisiert bzw. ergänzt den Vorschlag zu folgendem Beschlussvorschlag:

Der Bau- und Planungsausschuss wird -ggf. in einer zusätzlichen Sitzung- eine Ortsbesichtigung vornehmen und ermächtigt, danach die abschließende Entscheidung über den Umbau des Wendeplatzes bis zu einer Auftragssumme von 47.000,- Euro zu treffen.

Beschlussfassung: 15 Ja-Stimmen (einstimmig).

18.	Aufbringen von Zebrastreifen vor der Kindertagesstätte und der Schule in der Schulstraße - <u>Anlage:</u> Antrag der BMW-Fraktion vom 19.11.2013
-----	---

Herr Pauschardt teilt auf Nachfrage von Herrn Rohloff mit, dass er den Antrag der BMW-Fraktion nicht näher begründen möchte, da aus seiner Sicht alles bekannt sei und nicht noch einmal erläutert werden müsste.

Zunächst werden die verkehrliche Situation insbesondere in den Phasen des Bringens bzw. der Abholung der Kinder sowie eventuelle Lösungsmöglichkeiten des Parkens erörtert. Dabei wird auch die Meinung vertreten, dass ein Zebrastreifen vor dem Kindergarten aufgrund der Straßenführung dort eher nicht sinnvoll oder möglich sei, einer an der Schule aber schon.

Herr Heinrich Kühl regt eine Einbahnstraßen-Lösung an.

Herr Hollerbuhl verweist darauf, dass die Diskussion über das Anlegen von Zebrastreifen schon mehrfach geführt wurde und auch mit den zuständigen Behörden gesprochen worden sei.

Es hieße immer nur „das geht wohl nicht“, einen konkreten Antrag und damit einen formellen Bescheid habe es bisher aber nicht gegeben. Das sollte nun einfach mal erfolgen, um Klarheit zu bekommen.

Herr Rohloff ergänzt, dass dies auch das Ergebnis eines Gesprächs mit der zuständigen Behörde in Rendsburg gewesen sei, das er vor kurzem geführt habe und in dem ihm auch noch einmal die Voraussetzungen für einen Zebrastreifen erläutert wurden.

Herr Meyer und Herr Rohwer unterstützen den Vorschlag von Herrn Hollerbuhl.

Bürgermeister Rohloff schlägt daher vor, heute über die Absicht der Gemeinde zu beschließen, ob vor der Schule ein Zebrastreifen angelegt werden sollte und dies dann entsprechend bei der Kreisverwaltung zu beantragen.

Herr Rohwer weist darauf hin, dass über den Antrag der BMW-Fraktion, sowohl vor der Schule als auch vor dem Kindergarten einen Zebrastreifen aufzubringen, zuerst zu entscheiden wäre, da er der weitergehende Antrag sei. Auf Nachfrage von Herrn Rohwer erklärt Herr Pauschardt, dass die BMW-Fraktion an diesem Antrag auch festhalten würde.

Bürgermeister Rohloff stellt daher zunächst den Antrag der BMW-Fraktion, sowohl vor der Schule als auch vor dem Kindergarten einen Zebrastreifen aufzubringen und dies bei der Verkehrsbehörde des Kreises so zu beantragen, zur Abstimmung.

Beschlussfassung: 4 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen.

Im Anschluss lässt Herr Rohloff über den Vorschlag von Herrn Hollerbuhl beschließen, einen Zebrastreifen vor der Schule bei der Verkehrsbehörde des Kreises zu beantragen.

Beschlussfassung: 15 Ja-Stimmen (einstimmig).

19.	Friedhof Wasbek - Standort für halbanonyme Gräber Beschluss über die Aufhebung des Beschlusses der Gemeindevertretung vom 05.12.2012 zur geplanten Lage des Grabfeldes - Anlage: Beschl. v. 05.12.2012
-----	--

Bürgermeister Rohloff übergibt das Wort an Herrn Meyer, den Vorsitzenden des Ausschusses für Öffentliche Angelegenheiten.

Herr Meyer erläutert kurz den Sachverhalt und berichtet von einer Begehung vor Ort.

Bürgermeister Rohloff ergänzt die Ausführungen und antwortet auf die Äußerung von Herrn Nützel, der die neu vorgesehene Fläche für ungeeignet hält, dass die Besichtigung ergeben habe, dass sich die vorgesehene Fläche sehr wohl eignen würde.

Da es zum jetzigen Zeitpunkt lediglich um die Aufhebung des Beschlusses geht und Detailfragen zur zukünftigen Anlage erst in Folge zu klären wären, schlägt Herr Rohloff vor, die Diskussion zu beenden.

Die Gemeindevertretung beschließt über die Aufhebung ihres Beschlusses vom 05.12.2012.

Beschlussfassung: 13 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen.

20.	Kostenübernahme durch die Gemeinde Wasbek für den ehemaligen Bürgermeister im Rechtsstreit mit der BMW-Fraktion Anlage: Antrag der CDU-Fraktion vom 20.11.2013
-----	--

Herr Nützel, Herr Pauschardt und Herr Saggau verlassen von sich aus den Sitzungsraum wegen Befangenheit i.S.d. 22 i.V.m. § 32 Abs. 3 GO.

Herr Hollerbuhl begründet kurz den Antrag der CDU-Fraktion und weist darauf hin, dass die CDU den Beschluss zur Übernahme der Kosten bisher durchgängig nicht mit getragen habe. Der Antrag sei nach dem vor kurzem erfolgten Mediationsverfahren nunmehr logisch und konsequent. Aus Sicht der CDU hätte es erst gar nicht zu einem Gerichtsverfahren kommen müssen, sondern die Angelegenheit hätte außergerichtlich geklärt werden können und müssen.

Herr Rohwer spricht sich für die SPD-Fraktion gegen eine Beendigung der bisher bis zum Abschluss des Verfahrens in der 1. Instanz beschlossenen Kostenübernahme aus und verweist darauf, dass Herr Nützel in den Bestand des bestehenden Beschlusses vertrauen dürfte.

Herr Rohwer wirbt außerdem dafür, die Zusage auch als Unterstützung zukünftiger Bürgermeister zu sehen, um deutlich zu machen, dass sich die Gemeindevertretung im Bedarfsfall hinter den jeweiligen Bürgermeister stellen würde.

Bürgermeister Rohloff stellt fest, dass alle Argumente nun wohl noch einmal ausgetauscht seien, bittet um Abstimmung und verliert den Antrag der CDU-Fraktion auf Einstellung der Kostenübernahme ab dem 01.01.2014.

Beschlussfassung: 7 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 3 Mitglieder der Gemeindevertretung von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen i.S.d. § 22 i.V.m. § 32 Abs. 3 GO.

Bürgermeister Rohloff unterbricht die Sitzung für eine kurze Pause um 20:57 Uhr.

Herr Heinrich Kühl verlässt aus beruflichen Gründen die Sitzung.

Nach Fortsetzung der Sitzung um 21:04 Uhr gibt Herr Rohloff den von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossenen Mitgliedern der Gemeindevertretung das Ergebnis der Beschlussfassung bekannt.

21.	Erstattung von Sitzungsgeldern der BMW-Fraktion Anlage: Antrag der SPD-Fraktion vom 20.11.2013
-----	--

Bürgermeister Rohloff teilt mit, dass der Antrag eigentlich nicht mehr beraten werden müsste, da er inzwischen die Verwaltung um Prüfung und ggf. Rückforderung der betreffenden Zahlungen gebeten habe.

Nach Verlesen des Antrages der SPD-Fraktion durch Herrn Rohwer erklärt sich dieser mit einem Abschließen des Tagesordnungspunktes ohne Beschlussfassung einverstanden.

Anderslautende Meinungen werden nicht geäußert, so dass Bürgermeister Rohloff zum nächsten Tagesordnungspunkt überleitet.

22.	Erstattung von Auslagen der BMW-Fraktion im Rechtsstreit mit dem ehemaligen Bürgermeister - Anlage: Antrag der BMW-Fraktion vom 14.11.2013
-----	---

Mit Aufrufen dieses Tagesordnungspunktes verlassen Herr Nützel, Herr Pauschardt und Herr Saggau wegen Befangenheit i.S.d. § 22 i.V.m. § 32 Abs. 3 GO den Sitzungsraum.

Auf Nachfrage von Herrn Meyer teilt Bürgermeister Rohloff mit, dass für Frau Langrock keine Ausschließungsgründe vorlägen, im Zweifel aber die Gemeindevertretung entscheiden müsste. Das wird jedoch nicht beantragt.

Herr Rohloff führt dann kurz in den Sachverhalt ein und erinnert daran, dass seitens der BMW-Fraktion bzw. ihrer Mitglieder im Jahr 2011 bereits ein Antrag auf Übernahme dieser Auslagen gestellt worden sei. Gegen den ablehnenden Bescheid habe die BMW Widerspruch eingelegt und nach einem ebenfalls ablehnenden Widerspruchsbescheid Klage beim Verwaltungsgericht auf Übernahme der Kosten erhoben.

Dieses Verfahren sei noch nicht beendet und somit gäbe es keine Veranlassung für die Gemeindevertretung, den Antrag zu beraten und darüber zu beschließen.

Gegen diese Ansicht regt sich kein Widerspruch, so dass die Angelegenheit nicht behandelt wird.

Herr Nützel, Herr Pauschardt und Herr Saggau werden wieder in den Sitzungsraum gebeten; Bürgermeister Rohloff teilt ihnen mit, dass der Antrag nicht behandelt wird.

23.	Einwohnerfragestunde II
-----	-------------------------

1. Ein Einwohner, bei dem das Technische Betriebszentrum der Stadt Neumünster wegen der Erhebung von Abwasserbeiträgen „nachgefasst“ hatte, fragt an, ob in der Vergangenheit auch bei anderen Grundstückseigentümern darauf geachtet wurde. Bürgermeister Rohloff bittet die Verwaltung um Klärung und schriftliche Mitteilung.

Auf eine weitere Nachfrage, wer die Beschilderung für die Tierarztpraxis genehmigt habe, antwortet Herr Rohloff, dass diese Beschilderung in der sogenannten „Mittwochrunde“ für gut befunden und danach durch seinen Amtsvorgänger Herrn Nützel genehmigt wurde. Die Kosten der Schilder wurden durch den Antragsteller getragen.

Der Einwohner weist außerdem darauf hin, dass bei den Bauarbeiten im Knüll die Asphaltdecke im Bereich seines Grundstücks stark beschädigt wurde und die Bankette abgesackt sei. Bürgermeister Rohloff bittet den Bau- und Planungsausschuss, sich die Angelegenheit anzusehen.

2. Herr Doose weist darauf hin, dass extra ein Notebook und ein Beamer für Sitzungen der Gemeinde angeschafft wurden und fragt an, warum diese Möglichkeit z.B. nicht für die Präsentation der heute behandelten Umbauvariante des bisherigen Wendeplatzes im Knüll genutzt werde. Bürgermeister Rohloff dankt für den guten Hinweis.

3. Ein weiterer Einwohner äußert Unverständnis darüber, dass der Wendeplatz im Knüll für viel Geld umgebaut werden soll, erweiterte Betreuungszeiten in der U3-Gruppe aber nicht möglich wären. Bürgermeister Rohloff verweist darauf, dass die Regelung der Betreuungszeiten Angelegenheit des Schulverbandes sei und dort bereits ein Antrag auf Erweiterung der Zeiten vorliege. Der Satzung zufolge müsste das Angebot aber für mindestens 5 Kinder wahrgenommen werden.

4. Auf Nachfrage eines weiteren Einwohners zum Sachstand der Beleuchtung im Kiebitzweg/in der Hauptstraße antwortet Herr Rohloff, dass die Angelegenheit in der Verwaltung bearbeitet werde.

24.	Verschiedenes (öffentlich)
-----	----------------------------

1. Herr Rohloff teilt mit, dass die letzte Abstimmung mit Herr Kröger für den Veranstaltungskalender der Gemeinde für das Jahr 2014 erfolgt und die Angelegenheit bei Herrn Kröger in guten Händen sei.

2. Auf die Anregungen von Herrn Pauschardt, im „Bunkerweg“ sowie von Herrn Rohwer, in den Rieselfeldern eine Sitzbank aufzustellen, antwortet Bürgermeister Rohloff, dass es für die Verwendung der drei gesponserten Bänke, die sich zur Zeit noch bei der Fa. Jöhnck im Winterlager befinden, sicherlich gute Lösungen geben werde und beide Vorschläge aus seiner Sicht durchaus in Frage kommen könnten.

Nachdem keine Wortmeldungen mehr erfolgen, schließt Bürgermeister Rohloff den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:35 Uhr, dankt den Zuhörerinnen und Zuhörern für ihr Interesse und den Ausschüssen für die gute Vorarbeit.

gez. Karl-Heinz Rohloff

(Bürgermeister)

gez. Frank Knutzen

(Protokollführer)